

Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Alte und neue ukrainische Wege zur europäischen Integration

Umland, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umland, A. (2022). Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Alte und neue ukrainische Wege zur europäischen Integration. *Ukraine-Analysen*, 271, 13-14. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80006-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0>



Nr. 271 | 13.07.2022

Ukraine-Analysen

- Krieg und Wohnungsmarkt
- EU-Kandidatenstatus

■ ANALYSE	
Wohnraum und Krieg in der Ukraine	2
Von Alona Liasheva (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Lwiw)	
■ KOMMENTAR	
Warum der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine sicherheitspolitisch geboten und längst überfällig ist	7
Von Oleksandra Keudel (Kyiv School of Economics, Berlin), Nataliya Pryhornytska (Initiative für Wissensaustausch, Empowerment und Kultur e.V., Berlin)	
Was der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine bedeutet	8
Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
Der Status eines EU-Kandidatenlandes für die Ukraine: symbolische Bedeutung und praktische Implikationen	9
Von Iryna Solonenko (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)	
»Heute wird über die Zukunft Europas entschieden«	11
Von Olha Stefanischyna (Kyjiw)	
Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Alte und neue ukrainische Wege zur europäischen Integration	13
Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)	
■ DOKUMENTATION	
Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Ukraine und zu den Beitrittsgesuchen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens, 23. Juni 2022	15
■ UMFRAGEN	
Zustimmung zur EU	16
■ KARTE	
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 13. Juli 2022)	19
■ CHRONIK	
01. – 15. Juni 2022	20

Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Alte und neue ukrainische Wege zur europäischen Integration

Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)

Mit der Verleihung des Kandidatenstatus durch den Europäischen Rat übersprangen die Ukraine und Moldau am 23. Juni 2022 eine Vorstufe im Erweiterungsprozess der EU. Sie hatten bis dahin noch keine ausdrückliche Mitgliedsperspektive erhalten; diese wurde den beiden Ländern sowie Georgien am selben Tag vom höchsten Entscheidungsorgan der EU zugesprochen. Anders als Georgien, Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina sind die Ukraine sowie Moldau seither nicht nur potenzielle, sondern bereits vollwertige Bewerberländer der EU. Die beiden Länder gelangten damit im Beitrittsprozess der Union direkt auf eine Stufe mit Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und der Türkei.

Noch einige Wochen vor dieser Entscheidung schien ein solcher Erfolg Kyjiws und Chişinăus angesichts gemischter Signale aus verschiedenen europäischen Hauptstädten unwahrscheinlich. Eine entscheidende Rolle für den schließlichen Konsens der 27 Mitgliedsländer spielte offenbar der gemeinsame Besuch des französischen und rumänischen Präsidenten, italienischen Premierministers und deutschen Bundeskanzlers in Kyjiw kurz zuvor sowie deren dortige demonstrative Unterstützung für die EU-Bewerbung der Ukraine. Die kollektive proukrainische Stellungnahme von Olaf Scholz, Mario Draghi, Klaus Johannis und Emmanuel Macron in Kyjiw sandte ein wichtiges Signal an die anderen EU-Regierungen. Wahrscheinlich verhinderte sie ein mögliches Veto etlicher zweifelnder Mitgliedsstaaten der Union, d. h. eine Beschränkung der Ratsentscheidung auf eine lediglich potenzielle Kandidatur für die Ukraine und Moldau, so wie dies für Georgien beschlossen wurde.

Damit ist für Kyjiw und Chişinău nun der Weg zum EU-Beitritt vorgezeichnet. Die künftige Hauptaufgabe unterscheidet sich freilich in ihrer Substanz nur wenig von derjenigen der letzten sechs Jahre: Die Implementierung der 2014 unterzeichneten und 2016 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommen der Ukraine, Moldaus sowie auch Georgiens mit der EU. Diese Verträge sind ihrem Inhalt nach bereits Fahrpläne zur Integration und nicht nur Assoziation der Staaten mit der Union. Insofern hat die, im Vergleich zu den anderen beiden Mitgliedern des Assoziierungstrios, niedrigere formale Stufe Georgiens als lediglich potenzieller Kandidat seit dem 23. Juni nur geringe praktische Auswirkungen. Für alle drei Staaten bleibt unterschiedslos die Implementierung ihrer Assoziierungsabkommen der Königsweg in die EU.

Doch gibt es weitere Instrumente, die Kyjiw zur Stärkung der eigenen und gesamteuropäischen Resilienz nutzen kann. Dabei fällt der Ukraine als großer und im Kon-

text ihrer erfolgreichen Verteidigung gegen Russland vielbeachteter Staat eine neue Rolle im westlichen MächtKonzert zu. Mit diesem Potenzial sollte die Ukraine versuchen, neue Wege bei ihrer eigenen Annäherung an die EU und zur Unterstützung der europäischen Staatengemeinschaft zu gehen. Kyjiw kann dabei Moldau sowie Georgien, wie schon bezüglich der Erlangung der EU-Mitgliedsperspektive, quasi mitnehmen.

Erstens bietet sich für die drei Länder ein Einschluss in zumindest Teile des von der EU ursprünglich für die Balkanstaaten geschaffenen Institutionennetzwerks zur Vorbereitung auf den Unionsbeitritt an. Dies betrifft folgende im Westbalkan bereits seit vielen Jahren aktive Strukturen: Regionaler Kooperationsrat (RCC), Zentraleuropäisches Freihandelsabkommen (CEFTA), Regionale Antikorruptionsinitiative (RAI), Südosteuropäisches Gesundheitsnetzwerk (SEEHN), Südöstliche Arbeitsgruppe für regionale und ländliche Entwicklung (SWGRD), Zentrum für öffentliche Arbeitsvermittlung für südosteuropäische Länder (CPESSEC), Regionales Zentrum für Jugendkooperation (RYCO), Südosteuropäisches Strafverfolgungszentrum (SELEC), Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC), Bildungsreforminitiative für SOE (ERISEE), Regionale Schule für öffentliche Verwaltung (RESPA), Regionales Katastrophenschutzvorbereitungszentrum (DPPI), Südosteuropäisches Zentrum für unternehmerisches Lernen (SEECCEL), Exzellenzzentrum für Finanzen (CEF) und Regionales Umweltzentrum (REC).

Zweitens sollte die Ukraine, wie zuvor schon Georgien, sein bislang kompliziertes Niederlassungs- und Arbeitsrecht für Immigranten aus den EU- und bestimmten anderen Staaten (USA, Kanada, Großbritannien, Norwegen, Schweiz, Australien usw.) liberalisieren. Das Ansiedlungsrecht für alle EU-Bürger ist ohnehin in der angestrebten Unionsmitgliedschaft inbegriffen. Ähnlich ihrer zunächst einseitigen Liberalisierung der Einreisebestimmungen für EU-Bürger 2005, könnte die Ukraine wiederum einseitig und vor dem EU-Beitritt seine Niederlassungsregeln für Ausländer aus befreundeten Ländern vereinfachen. Denkbar wäre eine automatische mehrjährige Aufenthalts-, Studien-, Gewerbe- und Erwerbserlaubnis bei Registrierung einer Meldeadresse in der Ukraine. Dies kann bereits im jetzigen Kriegszustand der Ukraine für einzelne ausländische Militär- und Entwicklungshelfer von Bedeutung sein. Nach Erreichung eines Waffenstillstandes würde dies die Tätigkeit westlicher Organisationen und Investoren in der Ukraine erleichtern.

Drittens bietet sich mit Erlangung des Kandidatenstatus eine Kombination der in dieser Beitrittsstufe vor-

gesehenen EU-Hilfen mit anderen bereits existierenden sowie künftigen westlichen Integrations-, Investitions- und Wiederaufbauprogrammen an. So sollten sich die Ukraine, Moldau und Georgien um einen Einschluss in die Dreimeeresinitiative der östlichen EU-Mitgliedsländer bemühen. Der Ukraine könnte hierbei zupasskommen, dass der für sie vorgesehene »Marshallplan« zum Wiederaufbau des Landes erhebliche Transfers aus verschiedenen westlichen Ländern und Organisationen nach Kyjiw vorsieht.

Diese Mittel könnten nicht nur dafür eingesetzt werden, allgemeine Reformen und Anpassungen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses des Landes zu unterstützen. Sie könnten ebenfalls laufende oder neue transnationale Infrastruktur- und Energieprojekte der Dreimeeresinitiative in Osteuropa und im Schwarzmeerraum geographisch und technisch ausweiten. Auch könnte ein Teil der offenbar großen künftigen westlichen Finanzhilfe zur Bildung einer politischen Risikoversicherung für ausländische Privatinvestoren in der Ukraine verwendet werden, unter Umständen unter Beteiligung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) der Weltbankgruppe.

Viertens kann die Ukraine ihre in den vergangenen Monaten hörbarer gewordene Stimme in der Welt dazu nutzen, um den gesamteuropäischen Koordinations- und Entscheidungsprozess prowestlicher Länder im eigenen Interesse mitzuentwickeln. In dieser Richtung gab es in den letzten Monaten eine Reihe neuer Vorschläge westeuropäischer Politiker und Experten. Diese Ideen zur Ausweitung des derzeitigen Institutionengefüges zielen darauf ab, ältere transeuropäische Organisationen, wie den Europarat und die OSZE, zu ergänzen und eine politische Integration Europas über die Grenzen der EU hinaus zu erreichen. Derartige Vorschläge haben besondere Bedeutung für Kyjiw. Sie diskutieren neue Strukturen, welche für die Ukraine Gremien bieten können, die Verfolgung ihrer Sicherheits- und anderen Interessen noch vor einem EU- und/oder NATO-Beitritt mit wichtigen westlichen Partnerstaaten zu verzahnen.

Über den Autor:

Dr. *Andreas Umland* ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI) und Dozent am Fachbereich Politikwissenschaft der Kyjiwer Mohyla-Akademie (NaUKMA).

Literatur:

- Pavlo Klimkin and Andreas Umland: How to Progress Ukraine's Western Integration as a Prelude to Accession to the EU and NATO, *UI Paper*, Nr. 4, 2020. <https://www.ui.se/butiken/uis-publikationer/ui-paper/2020/how-to-progress-ukraines-western-integration-as-a-pledge-to-accession-to-the-eu-and-nato/>.
- Ulrich Schneckener und Sebastian Schäffer: The Day After – Towards a Greater European Council? *IDM Policy Paper Series*, Nr. 2, 2022. www.idm.at/idm-news/item/idm-pps-2-2022-the-day-after-towards-a-greater-european-council.
- Iryna Vereshchuk und Andreas Umland: How to Make Eastern Europe's Gray Zone Less Gray, *Harvard International Review*, 23. August 2019. hir.harvard.edu/how-to-make-eastern-europes-gray-zone-less-gray/.

Der ehemalige italienische Premierminister Enrico Letta machte am 25. April 2022 einen ersten Aufschlag mit einem Entwurf für eine Europäischen Konföderation (ECF) der 36, d. h. der EU-, Westbalkan- & Assoziierungstrio-Staaten. Es folgte der französische Präsident Emmanuel Macron mit einem Plan für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPC) der Unionsstaaten mit etlichen Nicht-EU-Ländern am 9. Mai 2022. Eine gute Woche später stellte der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel seine Idee für eine Europäische Geopolitische Gemeinschaft (EGC) von »Reykjavik bis Baku oder Jerewan, von Oslo bis Ankara« vor.

Den womöglich praktikabelsten Vorschlag machten im Juni 2022 die Politikwissenschaftler Ulrich Schneckener und Sebastian Schäffer in einem Papier des Wiener Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa. Darin empfahlen sie die Schaffung eines Vergrößerten Europäischen Rates bzw. Greater European Council (GEC). In diesem multilateralen Gremium könnte der Europäische Rat mit seinen 27 Mitgliedern sowie die sechs Westbalkanstaaten und das Assoziierungstrio, aber womöglich auch die Türkei, Norwegen, Großbritannien, Island und/oder die Schweiz vertreten sein. Es könnte vor oder nach den Sitzungen des Europäischen Rates tagen und den Ratspräsidenten sowie einen rotierenden Vertreter der Nicht-EU-Staaten als Vorsitzende haben.

Die Ukraine wäre das Land, welches am meisten von solch einer Struktur profitieren würde. Ob nun ECF, EPC, EGC oder GEC – ein Einschluss Kyjiws in eine neue gesamteuropäische Institution würde die derzeitige geopolitische Grauzone, in welcher sich das Land bis zum Beitritt in die EU oder/und NATO befinden wird, weniger grau machen. Ähnliches gilt für die Geopolitik der Republik Moldau und Georgiens sowie teils auch für die Westbalkanstaaten. Gleichzeitig findet derzeit die Stimme der Ukraine und insbesondere ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj weit über die Grenzen Europas Gehör. Kyjiw sollte dieses Potenzial nutzen, die Schaffung einer neuen gesamteuropäischen Struktur im Interesse des eigenen Landes und gesamten Westens zu fördern.

CHRONIK

01. – 15. Juni 2022

01.06.2022	Die ukrainische Gesellschaft ist in den letzten sechs Jahren toleranter gegenüber der LGBT-Gemeinschaft geworden, zeigt eine Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kyjiw. Mehr als die Hälfte der Befragten hat eine positive oder gleichgültige Einstellung zu LGBT-Personen.
01.06.2022	Die USA stellen ein neues 700-Millionen-US-Dollar-Verteidigungshilfspaket für die Ukraine bereit, das auch die von Kyjiw geforderten Mehrfachraketenwerfer, darunter HIMARS-Raketenartilleriesysteme, umfasst. Diese Waffen sollen laut der amerikanischen Regierung nicht nur zum Schutz dienen, sondern auch zur Verstärkung der Position während der Verhandlungen mit Russland.
01.06.2022	Eine von Innenminister Denys Monastyrskij initiierte Abstimmung über die Einstellung der Ukrainer:innen zum Waffenbesitz wurde auf dem Onlineportal »Diya« abgeschlossen. Fast 59 Prozent der Befragten stimmten für die Zulassung von Waffen zum persönlichen Schutz.
01.06.2022	Der Leiter der regionalen Staatsverwaltung von Luhansk, Serhij Hajdaj, gibt an, dass die russischen Truppen jetzt 70 Prozent von Sjewjerodonezk kontrollieren. Ein Teil der ukrainischen Truppen habe sich auf vorher vereinbarte Positionen zurückgezogen. In einem anderen Teil der Stadt gingen die Kämpfe weiter.
01.06.2022	Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz verspricht in einer Rede im Bundestag der Ukraine das hochmoderne Luftabwehrsystem IRIS-T zu liefern. Gleichzeitig erklärt die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, dass es »Monate« dauern würde, bis das versprochene Luftabwehrsystem IRIS-T an die Ukraine geliefert würde.
01.06.2022	Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt bei einem Besuch in der Region Kyjiw, dass Polen ein wirtschaftlicher Knotenpunkt für die Ukraine werden soll, der es ermöglicht, Getreide und Waren in den Nahen Osten und andere Länder zu exportieren.
01.06.2022	Der Staatliche Migrationsdienst hat das Verfahren für die Ausstellung, Erneuerung und den Ersatz von Kinderreisepässen vereinfacht, wodurch der Grenzübergang erleichtert wird. Eltern kann jetzt ein elektronischer Reisepass für Kinder unter 14 Jahren ausgestellt werden, um ins Ausland zu reisen.
02.06.2022	Nach den USA will auch das Vereinigte Königreich US-Mehrfachraketenwerfer, die Ziele in bis zu 80 Kilometer Entfernung treffen können, an die Ukraine übergeben.
02.06.2022	Die neue US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Ann Brink, erklärt, dass die USA die Arbeit ihrer Botschaft in Kyjiw in vollem Umfang wieder aufnehmen werden.
02.06.2022	In Kyjiw ist von nun an der Verkauf von Alkohol in Geschäften von 11 bis 19 Uhr erlaubt, drei Stunden länger als bisher. Vom 01.03.–01.04.2022 war der Verkauf von Alkohol in Kyjiw ganz untersagt worden.
02.06.2022	Die Behörden der Hauptstadt beschließen, die Einhaltung der Ausgangssperre strenger zu kontrollieren. Besonderes Augenmerk soll auf Gaststätten und Nachtclubs gerichtet werden, die nach 23 Uhr nicht mehr geöffnet sein dürfen.
02.06.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat die Voruntersuchung im Strafverfahren wegen des Verdachts auf Hochverrat gegen den pro-russischen Politiker Wiktor Medwedtschuk abgeschlossen und eine Anklageschrift an das zuständige Gericht geschickt.
02.06.2022	Die schwedische Außenministerin Ann Linde kündigt ein neues Hilfspaket ihres Landes für die Ukraine an, das auch Anti-Schiffs-Raketen enthalten wird.
03.06.2022	Die Türkei kündigt an, in den kommenden Tagen einen Plan zur Lösung der weltweiten Nahrungsmittelkrise, die durch den russischen Einmarsch in der Ukraine verursacht wurde, bei einem Treffen mit Vertreter:innen der Ukraine, Russlands, der Türkei und der UNO zu erörtern.
03.06.2022	Die US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Ann Brink, erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte in der Lage sein werden, den Einsatzbereich der US-amerikanischen HIMARS-Raketenartilleriesysteme zu regulieren, die die USA der Ukraine im Rahmen eines neuen Hilfspakets zur Verfügung stellen. Die Ukraine habe zugesichert, dass die neuen Systeme nicht für Ziele auf russischem Territorium eingesetzt würden.
03.06.2022	Etwa 3,5 Millionen Menschen haben die Ukraine während des Krieges verlassen. Wolodymyr Paniotto, Generaldirektor des Internationalen Instituts für Soziologie in Kyjiw, prognostiziert eine weitere Migrationswelle von Ukrainer:innen nach dem Ende der Kampfhandlungen und des Kriegsrechts.
03.06.2022	Die Europäische Union beschließt, die Zölle auf Waren aus der Ukraine für ein Jahr aufzuheben. Die Entscheidung wird am 4. Juni wirksam. Insbesondere werden die Antidumpingzölle auf Waren ukrainischen Ursprungs und die Anwendung der allgemeinen Einfuhrregelung für ukrainische Waren aufgehoben.

03.06.2022	Die Ukraine und Polen werden eine Arbeitsgruppe zur Wiederherstellung des beschädigten Kulturerbes gründen. Dies gibt der ukrainische Minister für Kultur und Informationspolitik Oleksandr Tkatschenko auf einer Pressekonferenz bekannt.
03.06.2022	Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche der Ukraine, Metropolit Epiphanius, sagt im Fernsehen, dass in den 100 Tagen des russischen Einmarsches bereits mehr als 600 Gemeinden von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats zur Orthodoxen Kirche der Ukraine übergetreten seien.
04.06.2022	Die Kämpfe um die vollständige Kontrolle über die Stadt Sjewjerodonezk gehen in Richtung Donezk weiter.
04.06.2022	Die Internationale Legion der Territorialen Verteidigung der Ukraine meldet den Tod von vier Ausländern, die für die Ukraine gegen russische Truppen kämpften. Es fielen Mitglieder der Internationalen Legion aus den Niederlanden, Australien, Deutschland und Frankreich.
04.06.2022	Der Berater des Bürgermeisters von Mariupol, Petro Andruschtschenko, berichtet, die russischen Truppen hätten beschlossen, die Häuser in der Stadt abzureißen, ohne vorher die Trümmer zu beseitigen, unter denen sich noch Tote befinden könnten. Dass mache es unmöglich, Informationen über neue Tote zu erhalten, da der gesamte Schutt auf die Mülldeponie des Bezirks gebracht würde.
04.06.2022	Papst Franziskus erklärt, er wolle in die Ukraine reisen, werde dies aber zu einem »geeigneten Zeitpunkt« tun. Vorher hat er mehrere Kardinäle zur Unterstützung in das Land geschickt.
04.06.2022	Die Allerheiligenkirche des Klosters von Swjatohirsk in der Region Donezk brennt. Das Kloster gehört zur Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Die ukrainische Seite berichtet von einem russischen Beschuss, was die russische Seite bestreitet. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erwartet den Bericht einer internationalen Untersuchungskommission.
05.06.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow hält es für unmöglich, das Ende des Krieges in der Ukraine vorherzusagen, rechnet aber damit, dass es noch vor Ende des Jahres eintreten könnte.
05.06.2022	Die ukrainische Fußballnationalmannschaft verliert das WM-Qualifikationsspiel gegen Wales mit 0:1. Damit nimmt die Ukraine in diesem Jahr nicht an der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar teil.
05.06.2022	Russische Truppen greifen am Morgen das Eisenbahnausbesserungswerk Darnyza in Kyjiw an. Laut ukrainischen Angaben werden in diesem Werk Gondelwagen und Getreidetransporter für den Export von Produkten repariert.
05.06.2022	Nach dem Brand der Allerheiligenkirche in Swjatohirsk erklärt das russische Verteidigungsministerium, das Kloster sei von »ukrainischen Kämpfern« in Brand gesetzt worden. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bestreitet dies und fordert die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats auf, aus dieser »Propagandalüge« Konsequenzen zu ziehen.
05.06.2022	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft sind bei der bewaffneten Invasion Russlands in der Ukraine mindestens 262 Kinder getötet und 467 weitere verletzt worden.
06.06.2022	Vor allem aus der Donbasregion werden verstärkt Kämpfe gemeldet. Die Berichte aus den Stadtverwaltungen der umkämpften aber von der Ukraine kontrollierten Städte besagen, dass sich die Lage stündlich ändere.
06.06.2022	Aus Anlass des Journalistentages spricht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit Medienvertreter:innen und beantwortet Fragen. Er weist insbesondere auf das Schicksal der mehr als 2.500 Asowstal-Verteidiger:innen hin, die in Russland gefangen gehalten werden, und dass er keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine sehe.
06.06.2022	Das Medienunternehmen Bloomberg berichtet, dass die Türkei und Russland sich vorläufig darauf geeinigt hätten, wie ukrainisches Getreide aus einem Hafen in Odesa gebracht werden könnte. Die türkische Regierung hat demnach ihre militärische Unterstützung angeboten, um die Küste zu entminen und Schiffe mit Getreide bis zu einem bestimmten Punkt im Schwarzen Meer zu eskortieren. Eine Zustimmung der ukrainischen Seite steht aus.
06.06.2022	Die Seestreitkräfte des Sicherheitsdienstes der Ukraine melden, dass das ukrainische Militär russische Schiffe mehr als 100 Kilometer von der Küste zurückgedrängt und ihnen die Kontrolle über den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres entzogen habe. Die Bedrohung durch Raketenangriffe oder eine amphibische Landung bleibe jedoch bestehen.
06.06.2022	Die ukrainische Nationalbank meldet, dass das staatliche Haushaltsdefizit von Januar bis Mai 2022 die jährlichen Defizite der beiden Vorjahre überstieg.
06.06.2022	Das ukrainische Parlament befasst sich mit einem Gesetzesentwurf zum Austausch von Kriegsgefangenen (Nr. 7436). In dem Entwurf wird vorgeschlagen, Strafverfahren einzustellen und Militärangehörige von der Strafe zu befreien, wenn ein Austausch angeordnet worden ist. Gleichzeitig müssen Verurteilte ihre Strafe antreten, wenn der Austausch nicht zustande kommt.

06.06.2022	In der Ukraine wurden in der vergangenen Woche 34 Todesfälle durch das Coronavirus registriert.
06.06.2022	Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) erhält wieder Daten von Strahlungsdetektoren aus der Umgebung des Kernkraftwerks Tschernobyl. Die Strahlungsdetektoren hatten seit dem Ausbruch des Krieges nicht mehr funktioniert.
07.06.2022	Mitglieder der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine werden vom 7. bis 16. Juni die Ukraine besuchen. Dies wird ihre erste Mission sein.
07.06.2022	Die Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau verurteilt ein Konzil der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, das am 28.05.2022 eine Erklärung über seine Unabhängigkeit von der Russisch-Orthodoxen Kirche abgab. Zudem entzieht sie der ukrainischen Kirche ihre Diözesen auf der Krim.
07.06.2022	Das Stadtgericht von Iwano-Frankiwsk hat vier inhaftierte Ukrainer des Hochverrats für schuldig befunden. Die Kämpfer aus der nicht anerkannten »Volksrepublik Donezk« wurden zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft kamen die Verurteilten im März 2022 in die Region Charkiw und planten, sich an der Besetzung der Region zu beteiligen. Dort wurden sie von ukrainischen Verteidigern festgehalten.
07.06.2022	Polen unterzeichnet einen der größten Rüstungsverträge mit der Ukraine seit 30 Jahren. Es handelt sich um ein Abkommen im Wert von umgerechnet etwa 630 Millionen US-Dollar.
07.06.2022	Das ukrainische Bildungsministerium teilt mit, dass der Bildungsprozess in der Ukraine ab dem 1. September wieder in Vollzeitform aufgenommen wird. Dies gilt für alle Arten von Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig hängt die Wiederaufnahme des Offline-Unterrichts in Schulen im Kriegsgebiet und an der Frontlinie von der Sicherheitslage ab.
07.06.2022	Die Weltbank hat der Ukraine weitere 1,49 Milliarden US-Dollar an Hilfe zugewiesen. Die Gelder werden für die Gehälter von Staatsbediensteten und Sozialarbeiter:innen verwendet.
08.06.2022	Das Europäische Parlament hat eine Entschließung verabschiedet, in der es der EU empfiehlt, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen.
08.06.2022	Der polnische Präsident Andrzej Duda besucht mehrere südeuropäische Länder, um die dortigen Regierungen davon zu überzeugen, die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union zu unterstützen.
08.06.2022	Ein Gericht in Lwiw verbietet die prorussische politische Partei »Oppositionsblock«. Das gesamte Eigentum wird auf den Staat übertragen.
08.06.2022	Geheimdienstinformationen zufolge versucht Russland, die Region um Sjewjerodonezk von drei Seiten anzugreifen. In der Region rechnet man bereits mit verstärktem Beschuss. Gleichzeitig beschreibt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Kampf um Sjewjerodonezk als einen der schwierigsten während des gesamten Krieges.
09.06.2022	Die USA haben der Ukraine bereits die erste Milliarde US-Dollar an wirtschaftlicher Unterstützung aus einem 40-Milliarden-US-Dollar-Hilfspaket zur Verfügung gestellt. Anschließend wird Kyjiw weitere 7,5 Mrd. US-Dollar erhalten. Dies berichtet die US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Ann Brink.
09.06.2022	Der Staatliche Dienst für Statistik in der Ukraine gibt an, dass sich die Verbraucherpreise in der Ukraine im Mai 2022 um 2,7 Prozent und im April um 4,5 Prozent im März gegenüber den Vormonaten gestiegen sind. Im laufenden Jahr liegt die Inflationsrate damit bei 18 Prozent. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine ist im ersten Quartal 2022 aufgrund des Krieges um 15,1 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2021 gesunken.
09.06.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj stellt einen Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates vor, mit dem persönliche Sanktionen gegen russische Politiker:innen verhängt werden. Auf der Liste stehen u. a. der russische Präsident Wladimir Putin, sein Pressesprecher Dmitrij Peskow und der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu.
09.06.2022	In der selbsternannten »Volksrepublik Donezk« werden drei Ausländer, die für die Ukraine gekämpft haben und gefangen genommen wurden, zum Tode verurteilt.
09.06.2022	Die EU stellt weitere 205 Mio. Euro an humanitärer Hilfe für die Ukraine bereit.
09.06.2022	Laut einer Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kyjiw sieht weniger als die Hälfte der Ukrainer:innen die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder in der Ukraine, sollte der Krieg auf unbestimmte Zeit andauern.
10.06.2022	Russische Seestreitkräfte blockieren weiterhin den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres. Die russischen Streitkräfte sind zuvor noch verstärkt worden.

10.06.2022	Das Präsidentsamt der Ukraine berichtet, dass die Gesundheitsversorgung in 445 befreiten Orten, die Bildungseinrichtungen in mehr als 450 Orten und die Mobiltelefon- und Internetdienste in mehr als 760 Orten bereits wieder aufgenommen wurden. Die Polizei hat ihre Arbeit in 64 Prozent des befreiten Gebiets wieder aufgenommen, 70 Prozent des Straßen- und 45 Prozent des Schienenverkehrs sind wieder in Betrieb. In mehr als 600 Siedlungen wurden Geschäfte wieder eröffnet. Mehr als 370 Siedlungen sind bereits entminnt worden.
10.06.2022	Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal stellt ein Förderprogramm für IT-Ausbildungen vor. Die ukrainische Regierung will Zuschüsse für IT-Kurse gewähren. Die Regierung plant, Mittel für die Ausbildung von 60.000 Ukrainer:innen bereitzustellen, die dann in diesem Bereich Arbeit finden können.
11.06.2022	Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, trifft sich zu Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Ihr zufolge bereitet die Europäische Kommission derzeit eine Stellungnahme für die EU-Mitgliedstaaten vor, um der Ukraine den EU-Kandidatenstatus zu gewähren. Diese Arbeiten werden bis Ende nächster Woche abgeschlossen sein. Gleichzeitig werde von der Ukraine erwartet, dass sie die Rechtsstaatlichkeit stärke und die Korruption bekämpfe.
11.06.2022	Internationale Medien zitieren US-Präsident Joe Biden mit den Worten, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe angeblich Warnungen der Vereinigten Staaten vor einer umfassenden Invasion Russlands zurückgewiesen. Das Büro des Präsidenten dementiert diese Meldungen.
11.06.2022	Die Ukraine verzeichnet seit einem Monat, dass mehr Menschen in das Land strömen als es verlassen. Am 11. Juni kamen rund 41.000 Menschen aus dem Ausland in die Ukraine, davon mehr als 36.000 Ukrainer:innen.
11.06.2022	Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti werden im vorübergehend besetzten Cherson russische Pässe verteilt. Es seien 23 Personen gekommen, um russische Pässe zu erhalten, darunter das selbsternannte Stadtoberhaupt Wolodymyr Saldo.
11.06.2022	Alle größeren Städte in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Region Donezk sind infolge der Kampfhandlungen ohne Strom.
12.06.2022	Das ukrainische Verteidigungsministerium meldet einen verstärkten Beschuss durch russische Truppen in der Donbasregion.
12.06.2022	Das britische Unternehmen QinetiQ will der Ukraine 10 TALON-Minenroboter zur Verfügung stellen, die nicht nur nach Minen suchen, sondern sie auch entschärfen können.
12.06.2022	Eine unabhängige internationale Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen hat die Region Kyjiw besucht. Ihre Vertreter diskutierten mit Ukrainer:innen über Mechanismen zur Dokumentation russischer Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen durch russische Truppen.
12.06.2022	Die Ukraine hat zwei Routen für Getreideexporte über Polen und Rumänien eingerichtet. Die ukrainische Seite verhandelt derzeit mit den baltischen Staaten über die Eröffnung eines dritten Korridors.
13.06.2022	Ein Gericht in Lwiw verbietet die Tätigkeit der politischen Partei »Sozialisten«. Das gesamte Eigentum wird auf den Staat übertragen.
13.06.2022	Der französische Präsident Emmanuel Macron, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi geben bekannt, dass sie am 16. Juni, einen Tag bevor die Europäische Kommission eine Stellungnahme zum EU-Kandidatenstatus der Ukraine abgeben soll, Kyjiw besuchen wollen.
13.06.2022	Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird das Vermögen des ehemaligen Verteidigungsministers Pawlo Lebedjew aus der Ära Wiktor Janukowytsch beschlagnahmt und der Nationalen Agentur zur Aufdeckung, Durchsuchung und Verwaltung von Vermögenswerten aus Korruption und anderen Straftaten übertragen.
13.06.2022	Die litauische Bevölkerung erwirbt vier moderne Drohnen aus estnischer Produktion für die Ukraine. Die Übergabe von zwei weiteren Drohnen ist für die nächsten zwei Monate geplant. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 990 Tausend Euro. Ukrainische Piloten lernen bereits, diese Drohnen zu bedienen.
14.06.2022	Ein Gericht in Lwiw verbietet die »Naschi«-Partei, deren Vorsitzender der pro-russische Politiker Jewhen Murajew ist, sowie zwei weitere politische Parteien – die Partei des prorussischen Politikers Wolodymyr Saldo und die Partei von Kyrjlo Stramousow, welcher als Kollaborateur gilt.
14.06.2022	Ein weiterer Austausch von Leichen von Militärangehörigen fand in der Region Saporischschja statt. Die Ukraine hat die Leichen von 64 Aowstal-Verteidiger:innen für eine würdige Bestattung erhalten. Man plane eine Gedenkstätte für die gefallenen Held:innen von Aowstal zu errichten. Diese solle an den Hängen des Dnjepr errichtet werden.

14.06.2022	Die Europäische Kommission einigt sich auf ein Abkommen über die Liberalisierung des Straßenverkehrs auf den Strecken zwischen der Ukraine und der EU. Durch das Abkommen entfällt die Notwendigkeit, entsprechende Genehmigungen für Spediteur:innen einzuholen, und die Ausfuhr ukrainischer Waren über Straßengrenzübergänge wird nicht mehr gestoppt. Die Unterzeichnung des Dokuments ist für Ende Juni vorgesehen.
14.06.2022	Die stellvertretende ukrainische Verteidigungsministerin Anna Maljar berichtet im Fernsehen, dass die westlichen Partner der Ukraine etwa 10 Prozent der von Kyjiw geforderten Waffen zur Verfügung gestellt hätten.
15.06.2022	In der Nacht werden vor allem im Gebiet Dnjepropetrowsk und in der gesamten Donbasregion verstärkter Raketenbeschuss von russischen Truppen und den Truppen der selbsternannten »Volksrepubliken« gemeldet.
15.06.2022	Die App »Kyiv Digital« startet eine elektronische Abstimmung zur Umbenennung von städtischen Einrichtungen, deren Namen mit der Russischen Föderation in Verbindung stehen.
15.06.2022	Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitrij Medwedew, wirft im Messenger-Dienst Telegram die Frage auf, ob die Ukraine in zwei Jahren überhaupt noch auf der Weltkarte existieren würde.
15.06.2022	In Brüssel werden der Ukraine beim dritten Treffen der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine (Ramstein-3) weitere Waffenlieferungen zugesagt. Die Slowakei erklärt sich bereit, Kampfhubschrauber zu liefern, während Kanada, Polen und die Niederlande zusätzliche Artillerie zugesagt haben. Deutschland werde drei Raketenwerfer liefern.
15.06.2022	Die erste Pressekonferenz der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine findet zum Abschluss ihres Besuchs in der Ukraine statt. Auf den ersten Besuch der Kommission werden Besuche in weiteren Teilen der Ukraine folgen, bevor die Kommission dem UNO-Menschenrechtsrat im September dieses Jahres mündlich Bericht erstatten wird.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Martin Buchholz

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Martin Buchholz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>